

«Wir sind jetzt alles Zwerge»

Von Philipp Gut — Der *Weltwoche* liegen die Protokolle der GPK-Subkommission zur Affäre Roschacher vor. Sie belegen, dass die Bundesanwaltschaft gegen Justizminister Christoph Blocher intrigierte. Die Parlamentarier liessen sich dilettantisch in die Irre führen. Am Ende sahen sie es ein.

2.2 Neue Dokumente im Zusammenhang mit dem Fall Holenweger

Ich komme zu einer weiteren, wesentlich **heikleren Information**, die uns **in der Zwischenzeit** **zugetragen** worden ist. Sie ist nicht nur heikel, sondern wird diese Kommission auf eine **Bewährungsprobe** stellen. Wenn die Information, die ich Ihnen jetzt gebe, herausgeht, werde ich der Plenarkommission den Antrag stellen, **bei der Bundesanwaltschaft Anzeige zu erstatten**.

Die **Bundesanwaltschaft** hat am **25. Juli 2007** dem Präsidenten der GPK-N und mir **geschrieben**, dass die Bundesanwaltschaft im Rahmen des Verfahrens betreffend **Amtsgeheimnisverletzung im Zusammenhang mit den Weltwoche-Artikeln vom 1. und 8. Juni 2006 zu Ramos** und zum Verfahren **Holenweger** (Herausgabe von BKP-Akten zu Ramos) in den Besitz von Dokumenten gelangt sei, die für die Untersuchung der Subkommission EJPD/BK-N von erheblichem Interesse seien. Diese Dokumente wurden bei Oscar Holenweger Ende März in Deutschland sichergestellt, als dieser wegen seines auffälligen Verhaltens vor dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg polizeilich angehalten, befragt und durchsucht wurde. Dieser Vorfall wurde übrigens im "Blick" vom 12. April 2007 thematisiert. Sie finden den Artikel in Ihren Unterlagen für die heutige Sitzung. Untersuchungsrichter **Roduner** hat diese Akten mittels Rechtshilfe herausverlangt und in das Verfahren Holenweger übernommen. Weil ebenfalls ein Zusammenhang zu dem von der Bundesanwaltschaft geführten Verfahren in Sachen Amtsgeheimnisverletzung betreffend BKP-Ramos-Akten besteht, hat die Bundesanwaltschaft diese Dokumente vom URA herausverlangt und Ende Juni erhalten.

«*Bewährungsprobe*»: Auszug aus einem Sitzungsprotokoll der Subkommission des Nationalrats.

Die Sitzungsprotokolle zeigen en détail, wie sich das wichtigste parlamentarische Aufsichtsgremium von der Bundesanwaltschaft an der Nase herumführen liess. Sie enthüllen eine Manipulation, die das Ziel hatte, vom Versagen des ehemaligen Bundesanwaltes Valentin Roschacher im Fall Ramos und anderen Fällen abzulenken und gleichzeitig Bundesrat Christoph Blocher (SVP) in den Verdacht eines Komplotts gegen den ihm administrativ unterstellten obersten staatlichen Ermittler zu bringen. Die Urszene der Intrige fand am 14. August 2007 statt, im Bundeshaus West, Sitzungszimmer 324. Dort tagte die zuständige Subkommission des Nationalrats unter dem Präsidium von Lucrezia Meier-Schatz (CVP). Unter dem Titel «Neue Dokumente im Fall Holenweger» kündigte Meier-Schatz eine «Information» an, «die uns in der Zwischenzeit zugetragen

worden ist». Sofort machte die Präsidentin klar, dass es sich um eine «Information» von grösster Bedeutung handle: «Sie ist nicht nur heikel, sondern wird diese Kommission auf eine Bewährungsprobe stellen. Wenn die Information, die ich Ihnen jetzt gebe, herausgeht, werde ich der Plenarkommission den Antrag stellen, bei der Bundesanwaltschaft Anzeige zu erstatten.»

Dokumente «von erheblichem Interesse»

Wer waren die Zuträger dieser «Information», der Meier-Schatz offenbar die Wirkung einer Bombe beimass? Sie kamen aus eben jener Bundesanwaltschaft, deren Tätigkeit die Kommission zu untersuchen hatte. Meier-Schatz teilte den GPK-Mitgliedern Folgendes mit: «Die Bundesanwaltschaft hat am 25. Juli 2007 dem Präsidenten der GPK-N und mir geschrieben, dass die Bundesanwaltschaft im

Rahmen des Verfahrens betreffend Amtsgeheimnisverletzung im Zusammenhang mit den *Weltwoche*-Artikeln vom 1. und 8. Juni 2006 zu Ramos und zum Verfahren Holenweger in den Besitz von Dokumenten gelangt sei, die für die Untersuchung der Subkommission von erheblichem Interesse seien.»

Die Bundesanwaltschaft habe «weiter» geschrieben, «dass sich unter diesen Dokumenten auch solche befinden würden, die nur einen mittelbaren Bezug zum Verfahren Holenweger hätten, indessen von unmittelbarem, erheblichem Interesse für die GPK-N sein dürften». Das ist der Anfang der Anschuldigungs-Kampagne, die nach dem Kalkül der Bundesanwaltschaft EJPD-Vorsteher Blocher diskreditieren sollte. «Die Bundesanwaltschaft», so Meier-Schatz, «schlug vor, die Angelegenheit vorerst vertraulich mit dem GPK-Präsidenten und mir

zu besprechen und dann die Dokumente zu zeigen.» Der GPK-Präsident, Jean-Paul Glasson (FDP), und Meier-Schatz stiegen auf das konspirative Angebot ein und haben «daraufhin ein Treffen mit der Bundesanwaltschaft organisiert». Dieses «fand am 8. August 2007 in Anwesenheit von Herrn Schwab und Frau Moser statt», den GPK-Sekretären. «Von der Bundesanwaltschaft waren Herr Nicati, Herr Fabbri und Herr Fels anwesend. Bundesanwalt Beyeler ist über die Angelegenheit vor seinem Amtsantritt informiert worden.» Treiber waren die Spitzen der Bundesanwaltschaft: Fels und Nicati sind die stellvertretenden Bundesanwälte, die nach dem Rücktritt Roschachers dessen Geschäfte weiterführten, Fabbri ist Staatsanwalt des Bundes. Glasson, Meier-Schatz, Schwab und Moser haben sich «die Dokumente im Detail vorstellen lassen und sie gesehen».

Meier-Schatz enthüllt, worum es in der mit Pomp und Drohungen angekündigten Sache geht. «Bei diesen Dokumenten», sagt die Präsidentin der Subkommission am Morgen jenes 14. August, «handelt es sich sehr wahrscheinlich um einen Zeitplan zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbehandlung der Absetzung des Bundesanwalts nach dem Motto:



Stellvertreter Bundesanwalt Fels.

Wer tut was bis wann und informiert wen.» Die Drahtzieher aus der Bundesanwaltschaft durften sich gratulieren, die Parlamentarier folgten der von ihnen ausgelegten Fährte. Meier-Schatz interpretierte: «Diese Planung weist Parallelen zum Rücktrittskapitel unseres Berichts auf und scheint sich mit der Chronologie der Medienartikel und gegen die Bundesanwaltschaft gerichteten Interpellationen zu decken.» Auf die Idee, dass die Übereinstimmungen daher rühren könnten, dass Holen-

weger seine Notizen im Nachhinein anfertigte, kam die Präsidentin nicht. Stattdessen verkündete sie als Tatsache: «Diese Planungscharts tragen mehrere Handschriften.» Zur «Echtheit der Pläne» habe die Bundesanwaltschaft «erklärt, dass es eine Art Referenz-Information gibt, die die zeitliche Genauigkeit der Planung nachweise. Ausserdem sei eindeutig, dass die Charts von mehreren Autoren verfasst wurden, also echt sind und nicht von einer Einzelperson erfunden wurden».

Die Jagd ist eröffnet

Die Jagd auf den Justizminister war eröffnet und im Jagdfieber verlor die GPK offensichtlich die kritische Distanz. Meier-Schatz stellte bedenkenlos Behauptungen über angeblich in den Komplott verstrickte Journalisten und Politiker auf. Von Quellenkritik keine Spur, das (Vor-)Urteil war gefällt. Die Präsidentin sprach von «Journalisten, die bestimmte Aufgaben zu erfüllen hatten, und deren erschiene Publikationen man 1 zu 1 damit identifizieren kann». Noch dreister urteilte sie über Parlamentarierkollegen: «Es gibt Namen von Nationalräten, die Aufgaben zu erfüllen hatten und diese auch entsprechend erfüllten.» Gewisse Namen und Zeichen seien «noch» unklar. «Für uns von grösster Bedeutung sind jedoch die Kürzel <CB> und <VR>.» Das letztere sollte für Valentin Roschacher stehen, das erstere für Christoph Blocher. Darum die Einschätzung, das Kürzel sei «von grösster Bedeutung». Auch hier irrte Meier-Schatz: Zwar kommt Blocher in den Notizen vor (denn ihm obliegt die administrative Aufsicht über die Bundesanwaltschaft), aber was sie als «CB» las, heisst in Wirklichkeit «BG» und steht für «Bundesstrafgericht».

Meier-Schatz, eine bis anhin angesehene Nationalrätin, die im *Tages-Anzeiger* kürzlich noch als «blitzgescheit» charakterisiert wurde, übernahm die verleumderisch wirkende Darstellung der Bundesanwälte Punkt für Punkt. «Frappierend», referierte sie, «sei sodann die genaue Übereinstimmung von Planungsdetails mit den tatsächlichen Ereignissen, die ins sogenannten *opensources* nachweisbar sind und mit den Ereignissen übereinstimmen, die wir in unserem Bericht beschreiben.» Alles schien aufzugehen, der Beweis für ein Komplott schien erbracht. Der Präsident der GPK, Glasson, und Meier-Schatz kamen aufgrund der Interventionen der Bundesanwaltschaft zu folgenden «Schlussfolgerungen»: «Unseres Erachtens sind die neuen Elemente von solcher Tragweite, dass sie eine weitere Untersuchung durch die GPK unumgänglich machen. Es steht nichts weniger als die Frage zu Diskussion, ob es einen gezielten Plan gegeben hat, den Bundesanwalt abzusetzen, an dem möglicherweise der Departementschef und der Beschwerdekammerpräsident sowie auch eine beschuldigte Partei in einem Strafverfah-



Stellvertreter Bundesanwalt Nicati.

ren beteiligt waren.» Der «Beschwerdekammerpräsident» ist Emanuel Hochstrasser, mit dem EJPD-Chef Blocher durch die geteilte Aufsicht über die Bundesanwaltschaft von Gesetzes wegen zusammenarbeiten musste. Die «beschuldigte Partei» ist der Bankier Oskar Holenweger, gegen den die Bundesanwaltschaft mit dem Verdacht auf Geldwäscherei ermittelt – dank einem Hinweis des als Spitzel eingesetzten kolumbianischen Drogendealers und mutmasslichen Doppelagenten Ramos. Damit nicht genug: Meier-Schatz weitete ihre Verdächti-

«Es gibt Namen von Nationalräten, die Aufgaben zu erfüllen hatten und diese auch entsprechend erfüllten.»

gungen aus (sie füllten am Ende fast drei Protokollseiten). Es sei «durchaus möglich», insinuierte die Präsidentin der Subkommission, «dass wir auch der Frage nachgehen müssen, ob es einen weiteren Zeitplan zur Schwächung und Destabilisierung der Bundesanwaltschaft gibt.» Diese Fragen erforderten «eine neue Untersuchung der GPK».

Über die bisherige Arbeit der Kommission urteilte Meier-Schatz: «Wir haben in unserem Bericht zahlreiche Fakten und Ereignisse aufgelistet, uns aber mit Interpretationen bewusst zurückgehalten. Wir haben bewusst nichts zur möglichen Motivation des Departementschefs für sein Vorgehen gegen den Bundesanwalt gesagt, weil wir dafür keine Beweise hatten, auch wenn man aufgrund der Fakten durchaus Spekulationen hätte anstellen können.» Die Argumentation mutet seltsam an: Man hat keine Beweise, behauptet, man wolle nicht spekulieren – und spekuliert doch. Im Widerspruch zur Selbstwahrnehmung der Kommis-

sion ist die «Überprüfung der Funktion der Strafverfolgungsbehörden des Bundes», wie der Bericht offiziell und pseudoneutral heisst, zu einer politischen Abrechnung mit dem EJPD-Vorsteher geworden.

Süsses Gift der Kabale

Das Karussell der Verdächtigungen drehe nun immer schneller, die Parlamentarier rochen, berauscht vom süssen Gift der Kabale, den Skandal. Das Sitzungsprotokoll vom 14. August registriert die wachsende Erregung. Die Subkommissionsmitglieder sogen die Komplotteideen der Präsidentin begierig auf. «Für mich bricht ein Weg ab, den ich bis jetzt verfolgt habe», sagte Geri Müller (Grüne). «Was sie uns gesagt haben, ist hochbrisant.» Es handle sich um einen «Kriminalfall», der «so schnell wie möglich untersucht werden» müsse. André Daguët (SP) doppelte nach: «Wir haben immer Vermutungen angestellt. Jetzt gibt es Fakten [...]. Die Geschichte könnte brisanter sein als alles, was wir bisher festgestellt haben.»

In diesem Erregungszustand empfingen die Parlamentarier um 15 Uhr, eine Stunde früher als geplant, die Abgesandten der Bundesanwaltschaft, Michel André Fels und Alberto Fabbri. Die beiden wiederholten, aufbereitet in einer Power-Point-Präsentation, die Verdächtigungen, die sie zuvor GPK-Präsident Glasson und Subkommissions-Präsidentin Meier-Schatz vermittelt hatten. Fels über die Notizen des durch die Bundesanwaltschaft ruinierten Bankiers Holenweger: «Bei diesen Unterlagen handelt es sich wahrscheinlich um einen Zeitplan zur Vorbereitung, Absetzung und Nachbehandlung des Bundesanwalts (wer tut was bis wann und informiert wen) sowie um einen Planungsbogen auf Packpapier, wie man sie aus der Generalstabsarbeit des Militärs kennt.»

Der stellvertretende Bundesanwalt erweckte den Eindruck eines generalstabsmässig geplanten Komplotts gegen Roschacher. Erneut sprach er von «verschiedenen Handschriften», nicht im Sinn einer Vermutung, sondern als Tatsachenaussage. Die Spekulationen des obersten staatlichen Ermittlers überschlugen sich bei der Deutung von Details der Skizzen. «Wenn man davon ausgeht», insinuierte er, «dass es eine Planungsunterlage ist, kann man den Doppelpfeil auf der oberen Hälfte als militärische Signatur für Angriff deuten.»

Scheinbar zufällig griff Fels «Beispiele» heraus: «Herr Mörgeli hatte zum Zeitpunkt H-3 eine Vororientierung mit Herrn Bundesrat Blocher [zu] machen. Dasselbe gilt für Filippo Leutenegger.» Konfus geht es weiter: «Dort ist zusätzlich ab dem Zeitpunkt H Nationalrat Hofmann und andere zu orientieren. Frau Monica Fahmy, Journalistin der *Sonntagszeitung* und hier mit dem Namen Mona Fahmy aufgeführt, hat bei H-1 die Aufgabe, Fragen an Untersuchungsrichter Roduner, Staatsanwalt Wyser und Bundesanwalt Roschacher zu stellen.

Zum Zeitpunkt H soll Nationalrat Alexander J. Baumann Herrn Roschachers Absetzung verlangen und Presseinterviews geben. Zum Zeitpunkt H hat Dr. Erwin Lorenz, der Verteidiger von Herrn Holenweger [korrekt: Lorenz Erni], Telefonate mit Herrn Roschacher und mit Untersuchungsrichter Roduner zu führen, eventuell die Presse passiv zu bedienen und eine sogenannte Giftschränk-Skandalisierung zu machen. Ein uns unbekannter LP soll die *Financial Times* orientieren. Zeitgleich zum Zeitpunkt H steht: Herr Otto C. Honegger, Journalist, Orientierung an «Tagesschau», «10 vor 10.»

In diesem Stil geht es seitenlang weiter, Journalisten, Beamte und selbst der ehemalige Bundesrat Joseph Deiss (CVP) werden verdächtigt, in das angebliche Komplott verwickelt zu sein. Dazu gehört auch Hanspeter Bürgin, ehemaliges Mitglied der *Tages-Anzeiger*-Chefredaktion. Er ist für die Verschwörungstheoretiker «deshalb interessant, weil wir über eine grosse Anzahl von Presseartikeln von ihm verfügen» und weil er nach dem Zeitpunkt «H+2» ein Back-up gemacht habe, «also eine Sicherung der ganzen Story über den Bundesanwalt». Diese Banalität genügte, dass der Journalist von den Bundesanwälten in bester Fichenaffären-Manier unter Verdacht geriet.

Die Erwähnung Bürgins ist aus einem weiteren Grund bezeichnend für das intrigante Vorgehen der Bundesanwaltschaft und die fahrlässige Bereitschaft der GPK, die Spekulationen zu übernehmen. An der Pressekonferenz, die die GPK am 5. September gab, bestätigte Meier-Schatz auf die Frage des *Blick*-Journalisten Georges Wüthrich, dass unter dem Datum des 4. Juni 2006 das Wort «Burg» vorkomme. Dies führte zur Vermutung, damit könnte das Schloss Rhäzüns gemeint sein, wo sich Bundesrat Blocher mit dem Präsidenten der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts, Emanuel Hochstrasser, traf, weil sie gemeinsam die Aufsicht über die Bundesanwaltschaft ausüben. Dieses Treffen fand am 5. Juni statt. «Burg» steht in Wahrheit für Bürgin, der Holenweger, wie es seine Aufgabe als recherchierender Journalist ist, an jenem 4. Juni 2006 gesprochen hatte.

Erstaunliche Durchtriebenheit

Wie durchtrieben die Drahtzieher der Intrige vorgingen, veranschaulicht folgende Szene. Marc F. Suter (FDP) will vom stellvertretenden Bundesanwalt wissen: «Angenommen, die Sache hat sich so abgespielt, wie Sie es darstellen, ist dann nicht zum Nachteil des eingekreisten VR [Valentin Roschacher] eine strafbare Handlung begangen worden?» Darauf Fels: «Herr Nationalrat, ich hasse juristische Äusserungen einfach so. Wir sind daran, uns Gedanken zu machen. Es ist möglich, aber ich sehe nicht



Subkommissionspräsidentin Meier-Schatz.



Kommissionsmitglied Marc F. Suter.



Kommissionsmitglied Toni Brunner.

Welche **Schlussfolgerungen** haben der Präsident der GPK und ich gezogen?

1. Wir sind der Meinung, dass wir diese Informationen und Dokumente nicht ignorieren können und rascher Handlungsbedarf besteht, weil es kaum möglich ist, dass diese Funde lange unter Verschluss bleiben. Unseres Erachtens sind die neuen Elemente **von solcher Tragweite**, dass sie eine weitere **Untersuchung durch die GPK unumgänglich** machen. Es steht nichts weniger als die Frage zur Diskussion, **ob es einen gezielten Plan gegeben hat, den Bundesanwalt abzusetzen**, an dem möglicherweise der **Departementschef** und der Beschwerdekammerpräsident sowie auch eine beschuldigte Partei in einem Strafverfahren beteiligt waren. Einfach ausgedrückt: Haben der Justizminister und der Beschwerdekammerpräsident in der Verteidigungsstrategie einer beschuldigten Partei in einem Bundesstrafverfahren mitgewirkt? Wenn ja, weshalb? Gibt es eine Abhängigkeit? Das sind Fragen, die wir stellen müssen, auch im Hinblick auf die Neubesetzung der Bundesanwaltschaft. Es ist durchaus möglich, dass wir auch der Frage nachgehen müssen, ob es einen **weiteren Zeitplan zur Schwächung und Destabilisierung der Bundesanwaltschaft** gibt. Diese Fragen erfordern eine neue Untersuchung der GPK.

2. Die Subkommission sollte möglichst rasch selbst Kenntnis von diesen Dokumenten und Informationen haben, um deren Relevanz abschätzen und deren Tragweite beurteilen zu können. Die Bundesanwaltschaft ist nach Rücksprache mit dem Justizministerium von Baden-Württemberg bereit, die Dokumente der Subkommission vorzustellen. Dies könnte

«**Zeitplan zur Schwächung und Destabilisierung der Bundesanwaltschaft**»: Meier-Schatz.

Binder. Sie haben seit Murten die Meldungen von allen Seiten miterleben können. Wir können zwar in dieser Zusammensetzung weiterfahren, ich stelle aber den **Antrag**, für dieses Geschäft das Präsidium der Subkommission auszuwechseln. Das habe ich mit Frau Meier-Schatz heute morgen besprochen. Ob das möglich ist, muss Herr Schwab sagen. Das Präsidium sollte jemand übernehmen, der mit keinen der in Frage stehenden Personen oder Institutionen in Beziehung steht. Ich schlage Herrn Geri Müller vor.

Suter. Ich lehne diesen Antrag ab. Unsere **Subkommission steht unter Druck**. Der Auftrag ist von der GPK einstimmig erteilt worden, auch mit dieser Präsidentin. Das war ein Ausdruck des Vertrauens. Ich bin einverstanden, dass wir als gesamte Subkommission weiterarbeiten. Wenn wir das Präsidium wechseln würden, würde es als Misstrauenskundgebung unserer Subkommission gewertet, und das wäre unberechtigt. Die GPK hat die sofortige Pressekonferenz am Mittwoch beschlossen und Frau Meier-Schatz damit beauftragt. Ich war dafür, dass man die Medienkonferenz erst auf Freitag ansetze, würde aber überstimmt. Wir müssen uns alle an die getroffenen Beschlüsse halten. **Es ist der ändern Seite gelungen, die ganze Subkommission in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Wir sind jetzt alle Zwergel. Ich habe kein Vertrauen mehr**, aber ich habe einen Auftrag der GPK. Es ist nicht an uns, die Spielregeln zu ändern. Ich bitte Sie, diesen Antrag zurückzuziehen.

«**Unsere Subkommission steht unter Druck**»: Suter.

letzten Sitzung verlangt hat. Da Sie gehen müssen, Herr Müller, verschieben wir diesen Punkt auf die nächste Sitzung.

Brunner. Was wir heute hier erlebt haben, hat mich betroffen gemacht. Ich fühle mich ziemlich miserabel. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die GPK in einer sehr ungemütlichen Lage ist. Wir haben ein **Glaubwürdigkeitsproblem**. Wir haben uns **in fahrlässiger Art an Mutmassungen beteiligt und sie durch unsere Präsidentin öffentlich gemacht**. Die Akten, die uns die Bundesanwaltschaft und Herr Holenweger zur Verfügung gestellt haben, sind identisch. **Die Bundesanwaltschaft hat keine Expertisen gemacht und kann ihre Aussagen auch nicht annähernd untermauern. Die Folge ist aber, dass ein Mitglied der Landesregierung dem Verdacht einer kriminellen Mittäterschaft** ausgesetzt worden ist. Dafür ist die **GPK verantwortlich**. Was ist jetzt unsere Kommunikation? Schweigen wir jetzt? Ich bin einverstanden, dass wir diese Abklärungen noch machen müssen, aber das Ergebnis könnte man vorwegnehmen. Ich finde es unerhört, wenn unsere Subkommission jetzt **schweigt**. Ich gehe sogar so weit, dass ich meine, die GPK müsse sich **entschuldigen**.

Meier-Schatz. Ich halte es so, wie wir es in der GPK immer gehalten haben: **Man berichtet über eine Untersuchung, wenn sie abgeschlossen ist**. Es war letztes Mal naheliegend,

«**Wir haben ein Glaubwürdigkeitsproblem**»: Brunner.

in erster Linie den Eingekreisten, sondern andere mögliche strafbare Handlungen, dass ein laufendes Verfahren beeinflusst worden ist. Das ist eine vorsichtige Formulierung, und ich bitte Sie daher, nicht weiter fabulieren zu müssen.» Fintenreich unterstellten die Vertreter der Bundesanwaltschaft dem Justizminister ein Komplott gegen Roschacher (was strafbar wäre), ohne sich juristisch festzulegen.

«**Gefährliches Gemisch**»

Das Kalkül der Bundesanwaltschaft ging auf. Die suggerierte «Einkreisung des Bundesanwalts» veranlasste Suter zu einem «Vergleich mit der Figur der Katharina Blum von Böll». Die Protagonistin des Romans tötet einen Journalisten, der negativ über sie berichtet hat. Suter warnte: «Wenn unsere Parlamentarier sich in eine solche Verschwörung haben

«**Herr Nationalrat, ich hasse juristische Äusserungen einfach so. Wir sind daran, uns Gedanken zu machen.**»

einspannen lassen und nichts dagegen geschieht, öffnet man Tür und Tor für ein gefährliches Gemisch. Da muss absolute Transparenz geschaffen werden.» Was Suter darunter verstand, zeigt ein Antrag, den er im Hinblick auf die nächste Sitzung der Subkommission vom 5. September in Murten stellte. Er forderte die «sofortige Abtretung aller Geschäfte des Departementschefs EJPD im Zusammenhang mit der Bundesanwaltschaft und der BKP [Bundeskriminalpolizei]». An der Sitzung fuhr der FDP-Mann grobes Geschütz auf, in beinahe jedem zweiten Satz fällt das Wort «Verdacht»: «Es besteht der Verdacht auf Verfassungsbruch», der «Vorsteher EJPD steht im Verdacht», «alle auf dem H-Plan aufgeführten Leute stehen unter Verdacht». Dass die Verdächtigungssorge ihrerseits verdächtig sein könnte – dieser Gedanke kam Suter nicht. Noch nicht.

Die Lage änderte sich nach dem 5. September. An diesem Tag trat die GPK an die Öffentlichkeit. Meier-Schatz sprach von einer «staatspolitischen Tragweite» der holenwegerschen Notizen. Weitere Erkenntnisse über das Material, liess die GPK verlauten, seien «sicher nicht vor den Wahlen zu erhalten». Offensichtlich wollte man den Verdacht gegen Blocher während des Wahlkampfes im Raum stehenlassen. Spätestens an diesem Punkt kippte die aus einem diffusen Anti-Blocher-Ressentiment genährte Erregung in eine vorsätzliche Intrige. Doch die Absicht der GPK wurde durchkreuzt: Schon am nächsten Tag präsentierte Nationalrat Christoph Mörgeli Holenwegers Dokumente, die *Weltwoche* machte sie im Internet publik. Das Kartenhaus der Anti-Blocher-Putschisten begann zusammenzufallen. An der nächsten Sitzung der Subkommission vom 19. September herrscht Katzenjammer. Die Hoffnung auf einen Schlag gegen den EJPD-

Chef mündet in Depression. «Unsere Subkommission steht unter Druck», stellt der vormalige Marc F. Suter fest. «Es ist der andern Seite gelungen, die ganze Subkommission in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Wir sind jetzt alles Zwerge.» Im Kater nach dem Rausch gesteht Suter: «Ich habe kein Vertrauen mehr, aber ich habe einen Auftrag der GPK.» Kein Vertrauen in wen? Offenbar in die eigene Kommission und ihre Präsidentin. Man diskutiert, ob Meier-Schatz abzulösen sei. Ein entsprechender Antrag von Max Binder (SVP) wird abgelehnt. Meier-Schatz bleibt auf Kurs, noch: «Ich habe mich bis jetzt ohne Vorurteile für die Sache eingesetzt.»

Sie gehen plötzlich auf Distanz

Den Parlamentariern dämmert, dass sie sich fahrlässig haben täuschen lassen. «Hat sie uns in die Irre geführt?», fragt Suter in Bezug auf die Bundesanwaltschaft. Er geht auf Distanz: «Sie muss jetzt alles, was sie hat, auf den Tisch legen, sonst bekomme ich ein Problem. Die Schnittmenge der Dokumente, die wir gesehen haben, stimmt nicht mit derjenigen der *Weltwoche* überein.» Auch Geri Müller zweifelt an der Zuverlässigkeit der Bundesanwälte. Er glaube «auch nicht, dieselben Flipcharts gesehen zu haben, die in der *Weltwoche* publiziert worden sind». Die «ganze Geschichte könnte eine Ente sein».

Suter erwägt, ob die GPK von der Bundesanwaltschaft «über den Tisch gezogen worden» sei, und fügt bei: «Ich gehe davon aus, dass Herr Fels einen Bericht hat, auf den er sich stützen konnte. Er hat damals von 19 Seiten plus H-Plan gesprochen. Wir haben aber nur 4 Flipcharts gesehen. Wo sind die andern 15 Seiten?» Die Ernüchterung endet in der Forderung: «Herr Fels und Herr Fabbri müssen uns lückenlos Red und Antwort stehen.» Dies geschah am Mittwoch letzter Woche.

Fabbri. Der Begriff "H-Plan, Seite 1" wurde von uns eingefügt, die Nummerierung unten rechts stammt vom URA.

9. Die zweite Seite des H-Plans führt unter H+1 Peter Regli auf, ohne besonderen Auftrag. Unter H+2 ist **Hanspeter Bürgin** deshalb interessant, weil wir über eine **grosse Anzahl von Presseartikeln** von ihm verfügen, der nach diesem Zeitpunkt ein „backup“ gemacht hat, also eine Sicherung der ganzen Story über den Bundesanwalt. Den weiteren Namen **Dr. M. Pfeiffer** und **Prof. Heinz Zimmermann** ist die Aufgabe „Orientierungen Nationalrat/Ständerat zugeordnet. **Fritz Schiesser** hat keine besondere Aufgabe, Herr **Karl Weidenmann** hat die Aufgabe, eine Orientierung **Holzach, Spälti und Wenger** vorzunehmen. Was Herr **Jean-Claude Brisard**, ein aus den Medien bekannter Name, feedbackmässig zu tun hatte, wird nicht ersichtlich. Dasselbe gilt für Bruno Bleisch zum Zeitpunkt H+5. Als letztes sollte Herr **Ruedi Christen** ev. den damaligen **Bundesrat Deiss** informieren, als dieser Plan erstellt worden ist. Herr Christen war der damalige Informationschef des EDA. Diese letzte Angabe lässt Rückschlüsse zu, wann dieser H-Plan zu situieren ist. Es **stimmt also mit dem Zeitrahmen überein**, den ich ihnen zu Beginn mit den Daten abgegeben habe, **weil wir wissen, wann Herr Bundesrat Deiss zurückgetreten ist.**

10. Wir haben nun die Angaben dieses H-Plans mit den Ereignissen verglichen und nach klaren, **eindeutigen Zuordnungen** oder gar open sources gesucht.

«**Eindeutige Zuordnungen**»: Staatsanwalt Fabbri vor der Subkommission.

Die in die Irre geführten Parlamentarier konfrontierten die stellvertretenden Bundesanwälte Fels und Nicati sowie Staatsanwalt Fabbri und den leitenden Ermittlungsoffizier der Bundeskriminalpolizei Hans-Rudolf Flury mit den Ungereimtheiten. Die Drahtzieher krebsten zurück und räumten ein, dass ihre apodiktische Aussage, auf Holenwegers Notizen seien mehrere Handschriften erkennbar, bloss eine «Mutmassung» gewesen sei. Suter, der seinen kritischen Verstand wiedergefunden hatte, konterte mit einem Fels-Zitat aus der Sitzung vom 14. August: «Es ist nicht Sache der Bundesanwaltschaft, zu mutmassen oder zu raten», hatte Fels damals behauptet.

Nach dem Abgang der kleinlaut gewordenen Bundesanwälte erörtert die GPK das weitere Vorgehen. Toni Brunner (SVP) konstatiert, «dass ein Mitglied der Landesregierung

dem Verdacht einer kriminellen Mittäterschaft ausgesetzt worden ist». Dafür sei die GPK «verantwortlich». Parteikollege Max Binder fühlt sich «von Herrn Fels hintergangen». Ida Glanzmann-Hunkeler (CVP) bereut «bitter», dass die GPK an die Öffentlichkeit gelangte, bevor ein «sauberes Resultat» vorlag. Selbst Präsidentin Meier-Schatz, deren Augen bei der eilig einberufenen Pressekonferenz über die Holenweger-Notizen geleuchtet hatten, sagt zerknirscht: «Es kann sein, dass wir uns werden entschuldigen müssen, das schliesse ich nach der heutigen Sitzung nicht aus.» Die Entschuldigung ist bis heute ausgeblieben.

Mehr zum Thema: Roger Schawinski im Gespräch mit SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli. **Seite 60**